

EDITORIAL / Sonderausgabe

Seit nunmehr zehn Jahren beobachtet und kommentiert unsere Redaktion das Treiben an den Finanzmärkten. Aber selten schien es uns so absurd wie heute.

Zwei Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise, während in der Welt so viele Menschen hungern wie nie zuvor und die Flut- und Hitzewellen in Pakistan und Russland einen Vorgesmack auf das drohende Klimachaos geben, haben die Finanzeliten nichts Besseres zu tun, als wieder das große Spekulationsrad zu drehen – als gäbe es die reale Welt um sie herum nicht. Und die Regierungen, die dem Spiel andere Regeln geben könnten, um den gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen, haben dem Casinobetrieb bis heute nicht nur zugesehen, sondern ihn auch noch mit Milliardensummen aus Steuergeld subventioniert – Milliarden, die jetzt bei den sozial Schwächsten wieder eingetrieben werden sollen.

Angesichts dessen hat sich unsere Redaktion entschlossen, dem Routinebetrieb für einen Tag Adieu zu sagen und diese Sonderausgabe zu machen. Wir brauchen ein ganz anderes Finanzsystem, das nicht mehr der Bereicherung weniger dient, sondern Geld dorthin leitet, wo es gesellschaftlich benötigt wird. Ein solches Finanzsystem ist möglich – aber es kann nur wirklich werden, wenn genug Menschen dafür streiten.

Ihre Financial Crimes-Redaktion

GESAGT ...

Lloyd Blankfein, Goldman-Sachs-Chef, zur Frage, warum gigantische Boni und riesige Profite kein Problem sein können:

Die Banken verrichten Gottes Werk.

... GEMEINT?

Dann ist auch der Ruin ganzer Volkswirtschaften nur recht und billig.

PERSONALIEN

Nicht nur Merkels Kabinett will die Krise von denen bezahlen lassen, die wenig haben. Die Chefin des Unternehmensverbands mittelständische Wirtschaft, Ursula Freichs, fand weitere Kostenträger: Die Arbeitnehmer sollen auf zwei Wochen Urlaub verzichten.

Klaus-Peter Müllers Celler Trialog ist erstmal ausgesetzt. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank hatte in den letzten Jahren zusammen mit dem Bundesverteidigungsminister regelmäßig zu Treffen mit Vertretern aus Politik, Rüstungsindustrie und Bundeswehr eingeladen, um nicht-öffentlich „die Vernetzung deutscher Sicherheitspolitik zu stärken“.

KOPF HOCH

Herr Wowerreit! Als Bürgermeister haben Sie einen Prozess gegen die Gegner der Wasser-Privatisierung verloren – dumm

gelaufen, klar. Wenn jetzt aber bis zum 27. Oktober 172.000 Berlinerinnen und Berliner beim Volksbegehren für die Offenlegung der Geheimverträge unterschreiben, kann Ihre Stadt Geschichte bei der Rücküberoberung der öffentlichen Daseinsvorsorge schreiben. Es geht um die Rückabwicklung der größten Teilprivatisierung in Europa. Wie bei den mehr als 200 anderen Public Private Partnerships in Deutschland bleiben auch in Berlin die Risiken bei der Stadt, während sich RWE und Veolia über traumhafte, garantierte Renditen freuen. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen es mit einem der höchsten Wasserpreise im Land.

WWW.BERLINER-WASSERTISCH.NET  
WWW.PPP-IRWEG.DE

# Intransparenz mit System

Bankenrettungen auch künftig ohne demokratische Kontrolle · Haushaltsrisiken ungewiss

VON FABIAN SCHEIDLER, BERLIN

Mit dem so genannten Restrukturierungsgesetz, das die Bundesregierung im Herbst durch den Bundestag bringen will, sollen bei der Rettung von maroden Banken künftig „öffentliche Haushalte geschont werden“, so das Finanzministerium. Ein genauerer Blick in den Gesetztext zeigt aber, dass dieses Versprechen kaum eingelöst wird.

Zwar sieht der Gesetzentwurf eine Bankenabgabe vor, die in einen „Restrukturierungsfonds“ fließt, aber mit nur 1,3 Milliarden Euro pro Jahr wird dieser Fonds auf absehbare Zeit nicht einmal für die Rettung einer mittelgro-

ßen Bank reichen, geschweige denn für eine Bank von der Größenordnung des 2008 gestrauchelten Immobilienfinanzierers HRE. In letzter Instanz wird daher doch wieder die öffentliche Hand für die Rettungskosten von großen Pleitebanken geradestehen müssen. Hinzu kommen die potenziellen Verluste des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), der bisher Garantien und Eigenkapitalspritzen von mehr als 220 Milliarden Euro ausgegeben hat, davon 140 Milliarden allein für die HRE.

Das besonders Brisante dabei: Die Entscheidungen über künftige Bankenrettungen und entsprechende Haushaltsrisiken bleiben nach wie vor der demokratischen Kontrolle entzogen. Denn

die „Finanzmarktstabilisierungsanstalt“, die nun beide Fonds verwalten soll, muss zwar einem „parlamentarischen Kontrollgremium“ Bericht erstatten, aber dieses Gremium funktioniert wie eine Black Box: Die neun Abgeordneten dürfen erstens in Entscheidungen der Anstalt in keiner Weise eingreifen und zweitens über das, was sie erfahren, weder mit Parlamentskollegen noch gegenüber der Öffentlichkeit sprechen – unter Androhung juristischer Konsequenzen.

Wird diese Konstruktion per Gesetz nun zum Dauerzustand, haben Bürger und Parlament auf unabhärbare Zeit faktisch keine Kontrolle darüber, für wen und was milliardenschwere Risikobehalten vergeben werden. Sollte es zu

einem erneuten Krisenschub im Finanzsektor kommen – was viele Experten befürchten –, kann dies zu einem Desaster für den Staatshaushalt werden. Durch die Blume gibt das sogar die Einleitung zum Gesetztext zu: „Die Möglichkeit, auch nach dem 31. Dezember 2010 Maßnahmen im Hinblick auf bestehende Abwicklungsanstalten zu treffen, kann zu einer weiteren Belastung des Finanzmarktstabilisierungsfonds führen, deren Höhe derzeit nicht absehbar ist.“

Spätestens, wenn die Milliardenverluste des Schattenhaushalts dann in den regulären Bundeshaushalt übertragen werden, würde die nächste Kürzungswelle folgen, um das Rettungsgeld für Banken erneut bei der Bevölkerung einzutreiben.

Noch aber ist das Gesetz nicht verabschiedet. Und vielleicht erinnern ja in der Zwischenzeit die Bürger ihre Abgeordneten daran, die Kontrollhoheit über die Staatsausgaben zurückzuerobern.

KOPFLOSER DES TAGES

## Rattenfänger der Rechten

Glenn Beck kämpft für Banker und Großunternehmer im Kostüm des moralischen Bürgerrechtlers

Ein durchgeknallter Populist als Tauchsieder der Tea-Party-Bewegung, die Präsident Obama stürzen will? Diese Personalie ließe sich abtun, wenn Glenn Beck nicht einer der erfolgreichsten Meinungsmacher der USA wäre. Dieser zum Mormonentum konvertierte Nachfahre deutscher Einwanderer erreicht mit seinen täglichen Fox-News-Rundfunks- und Fernsehprogrammen mehr als elf Millionen Zuschauer und füllt auf seinen „listening tours“ Stadien mit 850 000 Leuten. Ein Medien-

gewaltiger avanciert zum Quasi-Führer einer rechten Bewegung.

Stephen King verlieh ihm den Titel: „Satans geistig behinderter, jüngerer Bruder“. Aber das ist eine Verharmlosung. Denn Beck's Anhängerschaft ist relativ gebildet und wohlhabend, es sind die, die im Verteilungskampf mehr zu verlieren haben als ihre Schulden. Finanziert nicht nur von Rupert Murdocks Medienkonzern, sondern auch von Großunternehmen, kann sich Beck auf den reflexartigen, amerikanischen Antikommunismus verlassen. Obama wird als Marxist beschimpft, der das Land der Freiheit mit Ideen wie einer staatlichen Sozialversicherung in eine Neo-Sowjetunion verwandeln will und längst geheime Konzentrationslager im Land errichten lasse.

Diese Volksaufhetzung zielt seit Monaten auf die Kongresswahlen am 2. November, die der Anfang vom Ende des Präsidenten sein können. „Ich bin hier, um meine Freiheit zu verteidigen. Und wenn Sie das auch wollen, müssen Sie diesen Kerl seines Amtes entheben. Und mit ihm seine verrückte Idee, dass Sozialismus funktioniert und Kapitalismus nicht. Er spricht wie Castro und Chávez, wenn er behauptet, wir hätten unseren Wohlstand durch die Ausbeutung der dritten Welt und imperialistische Kriege errungen. Sagt ihm:

Capitalismus works, free market economy works ...“.

Wohnen und Gesundheitsfürsorge würden genauso wenig zu den unveräußerlichen Rechten gehören wie Hummer. Jede staatliche soziale Erwägung, wie das zahme Gesetz zur Finanzmarktregulierung, sei ein Verstoß gegen die „Freiheit der Konzerne“ und damit jedes einzelnen. Der rassistische Glenn Beck, der sich nicht schämt, sich auf Martin Luther King zu berufen, lädt in seine Shows Leute, die erklären dürfen, weshalb sie Obama hasen. „Gebt diesem Mann keine Macht, nur weil er eine Wahl gewonnen hat.“ Eine interessante Empfehlung aus dem Mutterland der Demokratie. Dieser angeblich Ideologielose ist vielmehr der Kreuzritter des von der wirtschaftlichen Macht ausgehenden Populismus gegen die Demokratie. Eines gefährlichen Populismus, der eher der jüngere Bruder des Fundamentalismus ist. Die Demagogie ist schlicht, trifft aber mit ihren simplen Botschaften raffiniert ein Bedürfnis nach Antworten auf eine Wirtschaftskrise, die bei den Menschen ein bisher nicht gekanntes Maß an Wut und Angst hinterlassen hat. Die Verbitterung hat eine materielle Basis, weshalb die rechte APO der Tea-Party-Bewegung nicht zu unterschätzen ist.

Auch das Rechtsbündnis „Pro Deutschland – Einheit der Patrioten“ schmückt sich mit der Marke Bürgerbewegung. Verkommt die Basisdemokratie zum Biedermaier? Der Citroen zum Citroen? Dann hätten die Agitatoren der Finanzlobby ganze Arbeit geleistet.



## Fatale Verflechtung

VON WERNER RÜGEMER, KÖLN

Mit dem von der Bundesregierung geplanten „Restrukturierungs-Gesetz“ sollen im Krisenfall „systemrelevante“ Banken saniert oder auch abgewickelt werden können, ohne dass das Finanzsystem gefährdet wird und ohne dass der Staat wie bisher dafür die Mittel aufbringen muss.

Dabei geht die Regierung mit keinem Wort darauf ein, warum das geltende Insolvenzrecht bei der jüngsten Bankenkrise nicht angewendet wurde. Vor allem aber ändert das „Restrukturierungs-Gesetz“ nichts am Problem der „Systemrelevanz“: Banken, die mit anderen Banken so stark vernetzt sind, dass ihr Untergang fatale Kettenreaktionen zur Folge haben kann, dürfen weiter bestehen. Dabei müssten sie jetzt zerschlagen und ihr Geschäftsmodell verändert werden, wenn die nächste Krise verhindert werden soll. Aber das Gesetz tut nichts, um Finanzpraktiken, die zur Krise geführt haben, zu unterbinden.

Deshalb wird die Bankenabgabe auch nicht auf riskante Transaktionen erhoben, sondern pauschal. Dazu gelten bankenfreundliche Modalitäten: Die Abgabe darf 15 Prozent des jährlichen Gewinns nicht überschreiten; alle Niederlassungen ausländischer Banken sind von der Beitragszahlung befreit; Banktöchter, die nicht der Banklizenz unterliegen (z.B. für Immobilien), werden nicht eingerechnet. Es wird somit nur ein symbolischer Betrag zusammenkommen – von Prävention ist ohnehin keine Rede. Und an den gegenwärtigen Krisenfolgen werden die Banken gar nicht beteiligt.

IMPRESSUM

Financial Crimes Deutschland  
c/o Attac Bundesbüro  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt/M.  
www.attac.de

Online-Ausgabe:  
www.financial-crimes.net

Redaktion: Jutta Sundermann, Fabian Scheidler, Stephan Lindner, Richard Schmid  
Logistik: Hardy Krampertz, David Firlé

Layout: Martin Müller  
Bildredaktion/Titellustration: Stephan Schwarzmann/Fabian Scheidler  
Webdesign: Nico Wehnmann  
Comic-Zeichnung: Andreas Wolff

Anzeigen: Hagen Pfaff, Thomas Pfaff, Fabian Scheidler, Jutta Sundermann, Silke Otisch  
Anzeigen-Layout: Monika Heimann, Constanze Jakob, Helma Janssen, Martin Müller

Autorinnen und Autoren: Evelyn Bahn,

Daniela Dahn, Christian Felber, Sven Giegold, Barbara Happe, Markus Henn, Philipp Hiesel, Ralf Krämer, Hans Jürgen Krysmanski, Detlev von Larcher, Stephan Lindner, Ulrike Herrmann, Chris Methmann, Florian Moritz, Ulrich Müller, Rainald Otisch, Heribert Prantl, Werner Rügemer, Fabian Scheidler, Matthias Schmelzer, Georg Schramm, Harald Schumann, Jutta Sundermann, Andrea Vetter

Druck: Mediaprint Zeitungsdrucker, Wien

Spenden! Druck und Verteilung dieser Zeitung kosten Geld. Wir sind auf Spenden angewiesen und freuen uns über jede Unterstützung.

Spenden-Kontonummer:  
Attac-Konto-Nr.: 800 100 800,  
GLS Gemeinschaftsbank,  
BLZ 430 609 67,  
IBAN: DE57 43060967 0800100800  
BIC: GENODEM 1 GLS

ÖKONOMISCHE ALPHABETISIERUNG ... lohnt sich!

Highlights 2011  
(in Kooperation mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac)

Wachstumskongress im Mai in Berlin

European Network Academy of Social Movements (ENA) im August in Freiburg

Wissen was wichtig wird.

FINANCIAL CRIMES DEUTSCHLAND  
www.financial-crimes.net

Axel

HOFFENTLICH IST DIE KRISE BALD VORBEI, AXEL. IN SUBSTANZ GIBT ES SCHON WIEDER KEIN DECKAUF!

MEGA-BANK ABGEBEN ANLEHNER

WIE GUT, DASS WIR UNS AUS DIESEM MARXIST RECHTSPHILISOPHEN HADEN, CHRISTOPH.

DIE HADEN SETZT DIE BANK DES STUPIDEN GEGRÜNDET UND DEN IMF VOR. DIE TOL DE SEIBT DER SCHMART SIE HAB NICHT MEHR, DASS WIR UNSERE HEIKLEN KREDITE - KOSTE ES WAS ES WOLLE - ZURÜCKGEZAHLT BEKOMMEN.

WO SOLL DENN DAS GELD FÜR UNSERE BONI BEKOMMEN?

WASER SICHEN MARKT IST DIE SEI TRAVELT DITEN FÜR PAET NULL RUSKO.

DA KOMMEN SICH MIT IMF UND EUROPE 2 INSTITUTIONEN DRUM, DASS DEN MENSCHEN NICHT AUS SUTTER UND NICHT SAUBEREN GELICH. DIE GANZE BANKREI GEWANNEN WIRD UND WIA WIE IMPER ANDER CONWIMMELT SEIN.

UND WENN DIE BETHOFFENEN LÄNDER AM ENDE VOLLIG RUHIG WERDEN, SIND DIE STREIKEN SAUBER DER VORGENEUSBARREN SCHON MIT WEITESTEN MILIAR DEN FÜR UNS BEREIT.